

Kaiserslautern Verbot von Rocker-Gruppierungen gefordert

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Rheinland-Pfalz hat ein Verbot krimineller Rocker-Gruppierungen gefordert. Hintergrund für die Forderung ist der derzeit laufende Rocker-Prozess in Kaiserslautern.



[Hells Angels in Kaiserslautern](#)

"Wenn bei dem Prozess herauskommt, dass es kriminelle Strukturen in dem Verein gibt, dann sollte man die betroffenen Chapter verbieten", erklärte der GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Man habe so die Möglichkeit das Vereinsvermögen zu beschlagnahmen. Erfahrungsgemäß würden nach einem Verbot zwar neue Chapter gegründet, doch eine Beschlagnahmung des Vermögens zeige schon Wirkung, so Scharbach. Chapter sind regionale Vereinigungen von Rocker-Gruppen.

Prozess wird fortgesetzt



[Verschärfte Sicherheitsmaßnahmen im Gericht](#)

In Kaiserslautern wird kommenden Donnerstag (7. Januar) der Prozess gegen zwei Mitglieder der Rocker-Gruppe Hells Angels fortgesetzt. Sie sollen im Juni aus Rache den Chef der rivalisierenden Motorrad-Gruppe Outlaws im Donnersbergkreis getötet haben. Den Prozessauftritt hatte die Polizei mit einem Großaufgebot von Beamten sichern müssen. Rund 1.000 Rocker waren in die Stadt gekommen, um Präsenz zu zeigen. Rund um das Gericht und am Eingang gab es strengste Kontrollen.

Dass mit der Bluttat im Donnersbergkreis die Rocker-Gewalt auch eine eher ländliche Region erreicht hat, wundert Scharbach nicht. Die Gruppen nutzten ruhigere Gegenden als Rückzugsgebiete, so der Gewerkschaftsvorsitzende.

Letzte Änderung am: 02.01.2010, 10.41 Uhr

- URL: <http://www.swr.de/nachrichten/rp/-/id=1682/nid=1682/did=5811908/6a5feo/index.html>

Der SWR ist Mitglied der ARD 